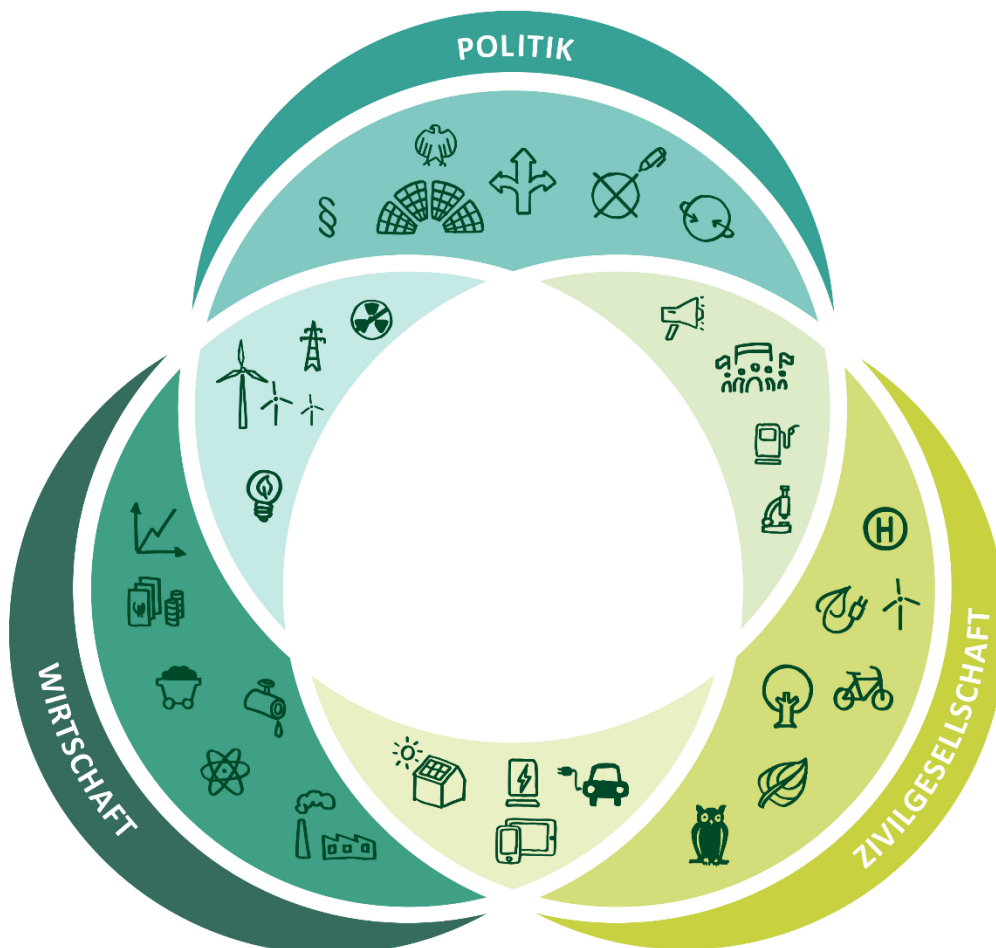




## Weißbuch Strommarkt 2.0 – Welche Schritte sind sinnvoll, um den Strommarkt europäisch zu flankieren und abzusichern?

Prof. Dr. Gesine Schwan und Katja Treichel



# Weißbuch Strommarkt 2.0 – Welche Schritte sind sinnvoll, um den Strommarkt europäisch zu flankieren und abzusichern?

Prof. Dr. Gesine Schwan und Katja Treichel

## Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die sich für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt einsetzt. Unser Beitrag zu Good Governance konzentriert sich insbesondere auf die Grundprinzipien Transparenz und Partizipation. Mit unseren Multi-Stakeholder-Initiativen und Trialogen entwickeln wir Verfahren, mit dem Anspruch möglichst viele Perspektiven zu integrieren und sie transparent zu machen. Denn nur über Transparenz und Partizipation sind die Berücksichtigung aller Stakeholdergruppen und die daraus resultierende Stärkung von Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse möglich.

**Empfohlene Zitierweise:** Schwan, Gesine; Treichel, Katja: „Weißbuch Strommarkt 2.0 – Welche Schritte sind sinnvoll, um den Strommarkt europäisch zu flankieren und abzusichern?“ Bericht ETR/03-2015 zum Trialog am 13.07.2015.

---

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Executive Summary: Der Trialog im Überblick .....</b>	<b>4</b>
<b>2. Ablauf des Trialogs .....</b>	<b>8</b>
Auswahl der Inputgebenden .....	8
Zeitlicher Ablauf .....	8
<b>3. Analyse des Trialogs .....</b>	<b>11</b>
Überblicksauswertung .....	11
Märkte .....	11
Europäische Dimension des Strommarktes .....	17
Top-Down vs. Bottom-Up und Regionalisierung vs. Europäisierung .....	20
Offene Fragen und Empfehlungen .....	24
Zusammenfassung in Bezug auf konkrete Fragestellungen des Trialogs .....	26
Zusammenfassung Trialog-Diskussion .....	28
Stakeholderauswertung .....	31
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	35

## 1. Executive Summary: Der Trialog im Überblick

### *Was ist ein Trialog?*

Die Trialoge der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform sind ganztägige Veranstaltungen. Sie organisieren eine gemeinwohlorientierte Verständigung von Stakeholdern aus Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft (unter Begleitung von Wissenschaft und Medien) zu aktuellen Themen. Die Trialoge bringen ein möglichst breites Spektrum an kontroversen gesellschaftlichen Positionen und Ideen zusammen. Mit der Chatham House Rule und einer fairen Moderation schaffen sie eine vertrauliche und zugleich offene Atmosphäre zwischen den Teilnehmenden. So können eine Vielzahl von Standpunkten und Ideen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Diese Perspektivenvielfalt bietet die Chance, breit getragene Grundkonsense zu ermitteln.

Bei jedem Trialog gibt es kurze Input-Vorträge aus den einzelnen Stakeholder-Gruppen als Anregung für die Diskussion. Zu den Trialogen gehört auch eine gründliche Aufbereitung der Ergebnisse im Nachgang. Durch eine wissenschaftliche Auswertung des Transkripts ermitteln wir die Schnittstellen der unterschiedlichen Argumentationen. Wir stellen so fest, welche Themen, Argumente und Begründungen der unterschiedlichen Stakeholder aufeinander Bezug nehmen und identifizieren die entsprechenden Grundkonsenskorridore. Die Trialoge zeigen Optionen und mögliche Entscheidungs-szenarien auf. Sie geben in der Regel jedoch keine unmittelbaren Handlungsempfehlungen an die Auftraggeber.

### *Thema und Hintergrund des Trialogs*

Der Trialog *„Weißbuch Strommarkt 2.0 – Welche Schritte sind sinnvoll, um den Strommarkt europäisch zu flankieren und abzusichern“* greift Fragen der Europäischen Zusammenarbeit auf, die bereits in dem im Dezember 2014 durchgeführten Trialog zum *„Grünbuch Strommarktdesign - Von nationalen Klimaschutzziele zu nachhaltiger europäischer Stromerzeugung“* aufgeworfen wurden. Der Trialog vertiefte diese Frage und ging darüber hinaus auf Aspekte des Weißbuchs *„Ein Strommarkt für die Energiewende“* ein, welches das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Juli 2015 veröffentlicht hat. Beide Trialoge integrieren sich in den Konsultationsprozess zum Strommarkt der Zukunft und wurden vom Ministerium gefördert.

Entsprechend wurde in Absprache mit BMWi eine Reihe von Leitfragen zusammengestellt, die im Trialog zum Weißbuch intensiv diskutiert wurden:

- Welchen Einfluss haben die im Weißbuch vorgestellten Maßnahmen und Instrumente auf den Europäischen Binnenmarkt? Haben andere Länder ähnliche Maßnahmen ergriffen? Welche

Ergebnisse und Erfahrungen gibt es bereits? Wie beeinflussen sich die nationalen Maßnahmen gegenseitig?

- Wie kann das Monitoring der Versorgungssicherheit mit stärker europäisch flankierten Daten verbessert werden?
- Welche Möglichkeiten und Herausforderungen sind von der Flexibilisierung des Europäischen Strommarktes zu erwarten?
- Welche Auswirkungen können kleine Eingriffe, die auf die Harmonisierung der Märkte zielen, auf die allgemeine Bereitschaft zur weiteren Integration des Energiemarktes und der Energieunion nach sich ziehen?
- Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen könnten die Aktivitäten europäischer Nachbarstaaten bezüglich des Strommarktdesigns besser koordiniert werden?

### *Teilnehmer*

Am Trialog nahmen 53 Vertreterinnen und -vertreter aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Wissenschaft und Medien teil, die aus insgesamt sieben europäischen Ländern kamen. Der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Wirtschaft war relativ groß: vertreten waren u.a. die europäische Energiebörse EEX, der Energieversorger E.ON, der polnische Übertragungsnetzbetreiber PTPiREE, Vattenfall, verschiedene Verbände wie EFET und der BDEW.

In der Stakeholdergruppe Politik waren u.a. das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), die Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom sowie einige Botschaften für anwesend.

Die organisierte Zivilgesellschaft war durch Gewerkschaften wie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Umweltschutzorganisationen sowie Non-Profit-Organisationen wie E3-G Third Generation Environmentalism repräsentiert. Ergänzt wurden die Stakeholdergruppen durch Wissenschaft (z.B. Stiftung Wissenschaft und Politik; Energy Research Centre of the Netherlands) und Medien (blog.stromhaltig.de und das Magazin neue Energie von Bundesverband Windenergie). Die vollständige Übersicht der vertretenen Institutionen können Sie in der Stakeholderauswertung am Ende des Berichts entnehmen.

### *Ergebnisse*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Trialogs bewerteten die Vorschläge des Weißbuches zum Strommarktdesign im Allgemeinen sehr positiv. Insbesondere der Verzicht auf einen Kapazitätsmarkt wurde begrüßt. Nachbesserungen wurden etwa im Subventionsabbau gefordert

oder in der stärkeren Berücksichtigung von dezentralen Lösungsansätzen im Energieversorgungssystem.

Bezüglich der europäischen Dimension waren die Teilnehmenden offen für eine weitere europäische Integration der Strommärkte, wiesen aber darauf hin, dass dazu gegenseitiges Vertrauen und Solidarität nötig seien. Allein durch technische Harmonisierung seien europäisch verknüpfte Strommärkte nicht umsetzbar. Ein häufig genanntes Beispiel für eine mögliche weitergehende Integration war die Öffnung der Regelleistungsmärkte für Akteure aus den Nachbarländern. Hierzu kam die Forderung auf, eine europäische Vision sowie Implementierungswege zu entwickeln. Dadurch kann sichergestellt werden, dass nationale oder regionale Initiativen auch auf europäischer Ebene anschlussfähig bleiben.

Eine Leitfrage des Dialogs befasste sich mit den Auswirkungen nationaler Entscheidungen auf die Strommärkte der Nachbarländer. Hier wurde zunächst hervorgehoben, dass sich die Strommärkte noch in einem Integrationsprozess befinden, aber bereits heute eng verflochten sind, sodass nationale Entscheidungen im Strommarkt fast immer auch Auswirkungen auf die Strommärkte der Nachbarländer haben. Ein häufig zitiertes Beispiel sind etwa die Ringflüsse über Polen und Tschechien, die auf den Ausbau der Windenergie in Norddeutschland und fehlende Übertragungsnetze innerhalb Deutschlands zurückzuführen sind.

Zur Frage des Monitorings der Versorgungssicherheit wurde bekräftigt, dass das bisherige Monitoring nicht mehr zeitgemäß ist. Der erste Versorgungssicherheitsbericht des Pentilateralen Forums sowie die Studie von Consentec und r2b energy consulting liefern jedoch bereits gute Ansätze für ein modernisiertes Monitoring.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der Flexibilisierung des Europäischen Strommarktes. Hier wurde betont, dass grenzüberschreitende Kapazitäten eine günstigere Flexibilitätsoption darstellen als nationale Alleingänge. Allerdings gibt es hier noch einige Stellschrauben, an denen gearbeitet werden sollte wie bspw. die Netzkodizes und dem Ausbau von Grenzkuppelstellen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, Preise stärker so zu gestalten, dass sie Marktsignale widerspiegeln, was aber aufgrund von unterschiedlicher Preisgestaltung durch Steuern und Abgaben auf europäischer Ebene derzeit nur sehr begrenzt möglich ist.

Auch wurde diskutiert, welchen Einfluss kleinere gemeinsame Regulierungseingriffe auf die Bereitschaft zur tieferen europäischen Kooperation haben. Die Vermutung liegt nah, dass die positiven Effekte der Zusammenarbeit Vertrauen schaffen können. Als Beispiel wurde die CWE-Marktkopplung genannt, die unter anderem die Preisvolatilität gesenkt hat. Lange wurde darüber diskutiert, wie die Aktivitäten der europäischen Nachbarstaaten besser koordiniert werden

können. Während manche auf freiwillige regionale Lösungen setzen – wie etwa die Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn, forderten andere eine zentrale europäische Regulierung, um die Spaltungstendenzen aufgrund von Pfadabhängigkeiten zu vermeiden und den Fragmentierungsdruck zu mindern.

### *Offene Fragen und Anregungen*

Die intensive Debatte auf dem Trialog zeigte auch deutlich, dass noch viele offene Fragen zum europäischen Strommarkt bestehen. Die Spannweite dieser Fragen reicht von ganz grundsätzlichen Fragen, etwa wie viel Europa wir wollen und welche Themen von der EU nicht angetastet werden sollen, bis hin zu Fragen nach den Auswirkungen nationaler Kapazitätsmärkte sowie der Reform des europäischen CO<sup>2</sup>-Zertifikatehandels zu erwarten sind. Auch Fragen nach der Beeinflussung der Sozial- und Industriepolitik durch die Veränderungen des Strommarktes wurden genannt.

Wenn auch die Mehrheit der Anwesenden das Weißbuch begrüßte und ein breites Wissen über ihren jeweiligen nationalen Strommarkt hatte, so erscheint eine intensivierter Austausch an Information sowie eine stärkere Kooperation in Europa auf vielen Ebenen des Energiesektors und angrenzenden Schnittstellen sinnvoll und notwendig, um die Energiewende zu einem wahrlich europäischen Projekt zu machen.

## 2. Ablauf des Dialogs

### Auswahl der Inputgebenden

Dem Dialog-Format entsprechend wurden die Inputgebenden entlang der Stakeholderzuordnung eingeladen. Dabei wurde nicht der Anspruch erhoben, dass die Inputgebenden alle vermeintlichen Gemeinwohlinteressen vertreten, sondern durchaus nur Teilperspektiven abdecken, die gegebenenfalls auch im Gegensatz zu einander oder zu den Positionen einzelner oder mehrerer Teilnehmenden stehen. Dass es sehr wohl auch Überschneidungen der Positionen zwischen den Sektorenvertreter gibt, ist klar und nötig, um zu einem *Grundkonsenskorridor* zu gelangen. Dieser ist notwendig, um das überparteiliche Ziel der Energiewende gemeinwohlorientiert, nachhaltig und effektiv umzusetzen.

Zum Einstieg des Dialogs stellte Herr Dr. André Poschmann, Referatsleiter „EU-Angelegenheiten Strom, nationale und europäische Strommarktintegration“ aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als Diskussionsgrundlage aus politischer Sicht die Hintergründe der im Weißbuch vorgestellten *Joint Declaration for Regional Cooperation on Security of Electricity Supply in the Framework of the Internal Energy Market* vor, die im weiteren Verlauf dieses Dokuments als *Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn* bezeichnet wird. Danach ordneten Herr Dr. Severin Fischer von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Herr Jaques de Jong von dem niederländischen Clingendael International Energy Program diese wissenschaftlich ein.

Am Nachmittag folgten Inputs aus Sicht der Wirtschaft von Frau Agata Staniewska, von der polnischen Arbeitgeberorganisation Lewiatan Confederation, und Frau Antonella Battaglini von der Renewables Grid Initiative aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Die Moderation des Dialogs erfolgte durch Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform.

### Zeitlicher Ablauf

**09:30 Uhr Beginn der Veranstaltung: Begrüßung und Einführung in das Dialog-Konzept und Thema; Prof. Dr. Gesine Schwan**

**10:10 Uhr Input-Vortrag: André Poschmann,  
Leiter Referat III B3 EU-Angelegenheiten Strom, nationale und europäische  
Strommarktintegration, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**



**10:30 Uhr Input-Vortrag: Dr. Severin Fischer,**  
**Wissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)**

**11:45 Uhr Input-Vortrag: Jaques de Jong,**  
**Senior Fellow, Clingendael International Energy Programme**

**10:55 Uhr Diskussionsbeginn: Moderation Prof. Dr. Gesine Schwan**

**Themen der Diskussion:**

- Fokus des Weißbuches auf Flexibilisierung
- Ist eine Harmonisierung der Fördersysteme für Erneuerbare sinnvoll?
- Problematik des überschüssigen deutschen Stromes (Dumping, Ringflüsse, Netzinstabilität)
- Wandel des Energiesystems seit Beginn der Liberalisierung. Von Grundlast zu Erneuerbaren; Anpassungsbedarf trotz dritten Energiebinnenmarkt-Paketes.
- Subsidiarität, Energiemix als nationale Zuständigkeit
- Regionalisierung durch no-regrets?

**13:15 Uhr Input-Vortrag: Antonella Battaglini,**  
**CEO, Renewables Grid Initiative**

**13:25 Uhr Input-Vortrag: Agata Staniewska,**  
**Deputy Director of Energy and Climate Change Department, Confederation Lewiatan**

**13:40 Uhr Diskussionsbeginn: Moderation Prof. Dr. Gesine Schwan**

**Themen der Diskussion:**

- Frage ist nicht mehr oder weniger Markt, sondern wie der Markt gestaltet ist
- Preissignale notwendig für Flexibilitätsmechanismen
- Wettbewerbsfähige Preise – Innovation
- Hohe Endkundenpreise vs. niedrige Strommarktpreise – Steuern, Umlagen und Investitionen
- Kurzzeitspeicher und Langzeitspeicher – Geschäftsmodelle
- Verknüpfung des Strommarktes mit dem Wärme-, Mobilitäts- und Gassektor
- Wer folgt wem? Die Netzplanung der Nachfrage und Produktion? Oder Nachfrage und Produktion den Netzen?

## 15:00 Uhr Workshop Session

### Workshop I: Prof. Dr. Gesine Schwan (auf Deutsch)

#### Zielfrage:

Welche Elemente werden im Weißbuch nicht diskutiert?

#### Themen der Diskussion:

- Logistikkosten – Wer zahlt für die Infrastruktur?
- Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten – bleiben einige Länder außen vor?
- Bedarf nach einer stärkeren Koordinierung auf lokaler und regionaler Ebene innerhalb Deutschlands
- Ausrichtung der europäischen Industriepolitik an den Energie- und Klimazielen der EU

### Workshop II: Katja Treichel (auf Englisch)

#### Zielfrage:

Empfehlungen zur Priorisierung?

#### Themen der Diskussion:

- (nationaler) Netzausbau als Priorität zur Vermeidung von Ringflüssen
- Entwicklung eines Alternativplanes, falls sich der Netzausbau verzögert/ nicht möglich ist
- Europäische Öffnung der Ausschreibungen für Erneuerbare
- Subventionen kürzen – Vertrauen schaffen
- Akzeptanz bei Netzausbau und Windenergie

## 15:30 Uhr Zusammentragung und Diskussion der Ergebnisse der Workshops und Ausblick: Moderation Prof. Dr. Gesine Schwan

#### Themen:

- Die deutschen Initiativen (Baake/Penta) sind ein großer Schritt voran und die gemeinsame Erklärung ein guter Start
- Der deutsche Prozess sollte sich mit den europäischen Prozessen abstimmen
- Europa sollte bei der Emissionsreduzierung ein gutes Beispiel darstellen

### 3. Analyse des Trialogs

#### Überblicksauswertung

Das Weißbuch wurde allgemein sehr positiv aufgenommen und die Teilnehmenden haben betont, dass die meisten Maßnahmen den Weg in die richtige Richtung einschlagen. Auch wurde die klare und verständliche Sprache des Weißbuches gelobt. Dennoch konzentrierte sich die Diskussion auf die Aspekte, die aus Sicht der Teilnehmenden noch verbesserungswürdig sind.

Bei der Sichtung des Protokolls waren vier Themen besonders relevant in der Diskussion.<sup>1</sup>

- (1) Märkte
- (2) Europäische Dimension der Strommärkte
- (3) Top-down vs. Bottom-up – Regionalisierung vs. Europäisierung
- (4) Empfehlungen und offene Fragen

#### Märkte

Vor allem zu Beginn des Trialogs kam immer wieder die Diskussion über die Aufgaben und die Grenzen von Märkten im Allgemeinen auf. Dabei betonte eine breite Mehrheit ihre Zustimmung zu einem freien Markt mit begrenzten regulativen Eingriffen. Mehrheitlich wurde beispielsweise der **Verzicht auf einen Kapazitätsmarkt** gelobt. Allerdings wurde kritisch diskutiert, dass der Strommarkt auch aufgrund seiner besonderen Eigenschaften wie der Nichtlagerbarkeit von Strom und der notwendigen Voraussetzungen wie der Infrastruktur allein nicht alles umfassend erreichen kann. Dazu zählt natürlich auch die Internationalisierung externer Kosten. Eine intensive Debatte drehte sich um die Frage, was Märkte in der Vergangenheit erreicht haben und was sie in der Zukunft erreichen sollen.

Bezüglich des Strommarktes zeichneten sich einige **Anforderungen** ab. Neben den drei übergeordneten Zielen **Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit** solle der Strommarkt konkret:

- ... von Flexibilität bestimmt werden. Dies beinhaltet die Ermöglichung von Flexibilitätsdienstleistungen und die Regelbarkeit von Kraftwerken (dispatchability);
- ... auf Preissignale reagieren (Echtzeitpreise);

---

<sup>1</sup> Da es sich um einen Unter-Trialog handelt, wurde kein Transkript angefertigt und die Auswertung bezieht sich lediglich auf das ausführliche Protokoll. Eine gründliche wissenschaftlich-qualitative Auswertung ließe sich jedoch nur auf Grundlage eines Transkriptes durchführen.

- ... auf einem funktionierenden Europäischen Emissionshandel beruhen;
- ... Emissionen reduzieren;
- ... durch Grenzkuppelstellen vernetzt sein;
- ... zu niedrigen und gerechten Preisen führen (derzeit haben nur einige Marktteilnehmer niedrige Kosten);
- ... Versorgungssicherheit garantieren.

Es wurde angemerkt, dass der Strommarkt in der Vergangenheit nicht immer alle postulierten Ziele erreicht habe. Zudem wurde betont, dass sich die Diskussion beim Strommarkt zu häufig um die Ziele Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit drehe, während die **Nachhaltigkeit** vernachlässigt werde. Dabei wurde bei der Nachhaltigkeit nicht nur auf die „gängigen“ Aspekte Klima und Umwelt verwiesen, sondern der Begriff wurde weiter gefasst, so dass das Strommarktdesign auch weitere Implikationen im Bereich der Industriepolitik, Geopolitik und Sozialpolitik berücksichtigen sollte. Insbesondere wurde gefordert, die Energiepolitik mit der Sozialpolitik zusammen zu denken, da einige **Herausforderungen bzw. trade-offs** zwischen diesen beiden Zielen bestehen. So könnten Bergbauarbeiter nicht einfach für die Solarbranche umgeschult werden. Es mangelt hier an langfristig durchdachten Konzepten.

Eine Teilnehmerin aus der Wirtschaft fragte, warum ein neues Strommarktdesign nötig wäre. Schließlich sei es bereits Ziel des dritten EU Energie-Binnenmarktpakets gewesen, einen gemeinsamen europäischen Strommarkt zu entwickeln? Dazu wurde auch auf die historische Entwicklung des Strommarktes verwiesen. Zu Beginn der Liberalisierung war der Strommarkt noch auf Grundlast ausgerichtet. Doch der Markt hat sich seitdem fundamental geändert und muss sich nun auf die variablen Einspeisungen der Erneuerbaren konzentrieren. Außerdem habe man stetig an dem Ausbau der „hardware“ des Binnenmarktes gearbeitet, nun müsse man an der Governance, also den gemeinsamen Regeln für den Markt arbeiten. Außerdem wurde angemerkt, dass das dritte Energie-Binnenmarktpaket umgesetzt wurde, ohne den Europäischen CO<sup>2</sup>-Zertifikatehandel (ETS) und den Ausbau der Erneuerbaren angemessen zu berücksichtigen. Der geschaffene Rahmen passe nicht mehr zu den derzeitigen Prozessen.

Die Teilnehmenden sahen die wichtigste Entscheidung des Weißbuchs darin, keinen Kapazitätsmarkt einzuführen. Bezüglich der Kapazitätsreserve, die in der Diskussion überwiegend als „**Kohlereserve**“ bezeichnet wurde, bestand jedoch Skepsis. Zwar sei dies eine Maßnahme ohne Einfluss auf das tatsächliche Marktgeschehen, dennoch stelle sie eine kraftstoffspezifische Subvention dar, die möglicherweise von der EU Kommission beanstandet werden könnte. Ähnlich verhalte es sich mit der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die möglicherweise auch nicht von Brüssel toleriert werde.

---

Der Konsens, dass der Strommarkt stärker auf Preissignale reagieren sollte, führte zu einer Diskussion um **Subventionen** und **staatliche Eingriffe**. Wie zu erwarten, gingen die Meinungen der Teilnehmenden hier in Detailfragen auseinander. Folgende Aspekte wurden jeweils von einem Teil der Teilnehmenden vorgetragen:

- Die Förderung von KWK (Maßnahme 16) wird als Rückschritt wahrgenommen, da KWK bereits eine etablierte Technologie sei.
- Die Debatte über den Abbau von Subventionen führe nicht in die richtige Richtung, da Marktpreissignale nahe Null im Großhandel nicht ausreichen, um Investitionen anzuregen. Subventionen seien daher notwendig.
- Die Liberalisierung des Strommarktes habe auch Hindernisse geschaffen. So würden Speicher zwar benötigt, doch würden diese nicht entsprechend vergütet.
- Nach der Einschätzung eines Teilnehmers beinhalten 6 der 20 im Weißbuch genannten Maßnahmen versteckte Subventionen. Diese trügen dazu bei, dass Deutschland weiterhin günstigen Strom produziere (wovon der überschüssige Strom dann günstig ins Ausland exportiert wird). Hier sei es an Deutschland, Vertrauen durch den Abbau von Subventionen zu schaffen.
- Eine Vertreterin aus der Wirtschaft wies auf die beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission hin, wonach Maßnahmen getroffen werden müssen, die sicherstellen, dass Stromerzeuger keinen Anreiz haben, Strom zu negativen Preisen zu produzieren. Das EEG 2014 berücksichtigt dies über §24, der festlegt, dass EE-Anlagen nach sechs Stunden negativer Preise abgeregelt werden sollen. Andere EU Staaten haben ähnliche Regelungen getroffen. Die Teilnehmerin verwies darauf, dass dadurch auch die Marktpreissignale „abgeschaltet“ würden, was der Prämisse eines freien Marktes widerspreche und zudem klimafreundliche Lösungen unterbinde. Denn EE-Erzeuger sind nicht alleine für das Entstehen negativer Strompreise verantwortlich. Es wird daher begrüßt, dass diese Regelung überprüft wird. Außerdem – so ein Protokollkommentar – solle die EU Kommission darüber informiert werden, welche Probleme die Regelung nach sich ziehe.

Die Themen **Speicher und Netzausbau** sowie Preise und Kosten nahmen ebenfalls einen großen Raum in der Debatte ein. Es sollten gründliche Untersuchungen durchgeführt werden, wann und in welchem Umfang der Bau und Einsatz von Speichern oder Netzen nützlicher sind, und wie ein umfassendes Konzept diesbezüglich entwickelt werden kann. Es entbrannte zudem eine lebhaftere Diskussion darüber, ob sich der Netzausbau nach der bestehenden räumlichen Verteilung von Verbrauchern und Produzenten richten soll oder ob sich nicht eher umgekehrt die Stromerzeuger verstärkt dort ansiedeln sollten, wo bereits Netze vorhanden sind.

Weiterhin wurde angemerkt, dass Netze in erster Linie räumliche Divergenzen und Speicher hingegen zeitliche Divergenzen überbrücken. Gleichzeitig wurde unterstrichen, dass Grenzkuppelstellen die günstigste **Flexibilitätsoption** in einem europäischen Strommarkt seien. Auch das Weißbuch zielt auf die Optimierung, nicht jedoch die Maximierung der Netze ab. Entsprechend wird Maßnahme 14 bezüglich der Spitzenkappung der Erneuerbaren-Einspeisungen bei der Netzausbauplanung allgemein akzeptiert und die maximale Kappung von 3% der jährlichen Stromerzeugung pro Anlage begrüßt. Sie ersetzt allerdings nicht den zwingend notwendigen Ausbau der Netze auf allen Spannungsebenen und sollte die weitere Entwicklung und Nutzung von Power-to-X und Speichern nicht hemmen.

Den **Speichertechnologien** wurde das Potential zugesprochen, den Markt umzukrempeln, wobei betont wurde, dass Kurzfristspeicher – wie etwa das von Tesla kürzlich vorgestellte Modell – bereits existierten und sich gut in das Flexibilitätskonzept einfügen, während bei Langfristspeichern derzeit nur auf das Netz mit Pumpspeichern in den Alpen und Skandinavien zurückgegriffen werden könne.

Es wurde darauf verwiesen, dass sich **Strom** auch in **Gas, Wärme oder Kälte** speichern lasse. Diese Märkte sollten zu ihrem gegenseitigen Vorteil entsprechend enger **verzahnt** werden, wie dies im Handlungsfeld 4 des Weißbuches auch angestrebt wird. Gas ist mittlerweile stärker auf Spitzenlastabdeckung ausgerichtet. Nun müsse auch das Gasnetz dieser Entwicklung angepasst werden. Dazu wurde ergänzt, dass ACER diese verstärkte Flexibilisierung zur Komplementierung erneuerbarer Energien auch im Gas Target Model 2.0. fordert. Dazu gehört auch ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Strom- und Gasnetzbetreibern.

Der Themenkomplex **Preise und Kosten** verwies insbesondere darauf, dass sich die **Großhandelspreise und die Endkundenpreise** immer mehr in gegensätzliche Richtungen entwickelt haben. **Vermehrter Stromanbieterwechsel** und **Echtzeitpreise** im Endkundenmarkt könnten dazu beitragen, diese Divergenz zu überwinden. Auch um eine stärkere Steuerung der Nachfrageseite zu ermöglichen, seien Echtzeitpreise im Endkundenmarkt notwendig. Es bestand jedoch keine Einigkeit darüber, ob dies grundsätzlich wünschenswert sei und wie dies kosteneffizient umzusetzen wäre. Derzeit ist die Mehrzahl der Anschlüsse und Stromzähler technisch nicht so ausgestattet, um überhaupt auf Preissignale zu reagieren. Private Haushaltskunden haben auch in ihrer Tarifwahl nicht die Möglichkeit zwischen verschiedenen Lastzeiten zu unterscheiden. Potentiale zur Nachfrageelastizität bleiben demzufolge ungenutzt.

Anknüpfend an die allgemeine Markt-Debatte wurde auch hier darauf verwiesen, dass die Preise auf dem existierenden Strommarkt nicht frei, sondern durch die Politik (Steuern, Abgaben, Umlagen) gestaltet sind. Ebenso wurde nochmals darauf verwiesen, dass auch im Weißbuch zahlreiche Subventionen enthalten sind. (Beispielsweise Kapazitätsreserve – Maßnahme 19 oder

Maßnahme 16 zur Kraft-Wärme-Kopplung). Diese Eingriffe führen zu national **unterschiedlich hohen Preisniveaus**, was in einem **europäischen Strommarkt** zu Problemen führen kann. (Ausführlicher dazu im Abschnitt *Europäische Dimension des Strommarktdesigns*).

Die Maßnahme 7 „Zielmodell für staatlich veranlasste Preisbestandteile und Netzentgelte entwickeln“ wurde begrüßt. Dabei wurde etwa die Frage aufgeworfen, was und wie bepreist wird. So sei es schwierig, in Zeiten hoher Einspeisungen aus Erneuerbaren, wenn sich der Großhandelspreis nahe Null bewege, diesen zu besteuern. Eine Lösung sei ein dienstleistungsbasiertes Geschäftsmodell. Ähnlich schwierig sei es, die Netzzumlagen zu verteilen, wenn sich viele Kunden vom allgemeinen Stromnetz abkapseln und ihren eigenen Strom verbrauchen. In der Protokollkommentierung wurde angeregt, Speicher nicht als Endverbraucher einzuordnen und sie somit von der Netzzumlage auszunehmen. Ebenfalls wurde angemerkt, dass der Strompreis zwar eine Reihe von Umlagen und Abgaben enthält, die externen Kosten der Umweltbelastung jedoch nicht einberechnet sind. Es gibt verschiedene Studien, die der Stromproduktion aus den verschiedenen Energieträgern differenzierte externe Kosten zuordnen.

Der anhaltend niedrige Strompreis im Großhandel bietet kaum Anreize für Investitionen und es sei nicht absehbar, dass sich der Trend in naher Zukunft umkehrt. Diesem Problem soll auch durch *die Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn* Rechnung getragen werden, die den grenzüberschreitenden Handel auch in Zeiten hoher Preise unbeeinträchtigt halten soll und den Verzicht auf nationale Maßnahmen festschreibt, die den Effekt indirekter Preisdeckelung hätten.

Bezüglich der Preise und Kosten wurde darauf hingewiesen, dass **wettbewerbsfähige Preise** etwas anderes seien als **niedrige Preise**. Innovation und Netzausbau müssten berücksichtigt werden. Wenn es Europa nicht gelinge, weiterhin in erneuerbare Stromerzeugung zu investieren, könne es international zurückfallen. Gleichzeitig wurde betont, dass nicht erwiesen sei, dass der deutsche Weg des Ausbaus der Erneuerbaren Energien auch ein kosteneffizienter gewesen sei.

Außerdem wurden zur **Marktgestaltung** folgende Themen im Dialog angesprochen:

- Der derzeitige **Regelleistungsmarkt** spiegelt nicht die tatsächlichen Ungleichgewichte im Stromsystem wieder. Der Regelleistungsmarkt stelle jedoch eines der wichtigsten Anreizsysteme dar. Die Teilnehmenden haben daher mehrheitlich Maßnahme 6 des Weißbuchs befürwortet, insbesondere die Unterpunkte „Regelarbeitspreis der Minutenreserve und der Sekundärregelleistung mit **Einheitspreisverfahren** bestimmen“ und die Öffnung der Regelleistungsmärkte für eine größere Anbietervielfalt. Ob die einheitliche Preisbestimmung effizienter ist als das bisherige Pay-As-Bid-Verfahren sollte geprüft werden.

- Der starke Fokus der Weißbuch-Maßnahmen auf die Übertragungsnetze vernachlässige die Verteilernetze sowie **dezentrale Lösungen**. Gerade die Erneuerbaren könnten zu dezentralen Systemen beitragen.
- Es wurde gefordert, die Vergütungssysteme von einer reinen Mengenbepreisung auf Dienstleistungen umzustellen, denn solange nur Mengen bepreist werden, gibt es wenig Anreiz, durch das Strommarktdesign Ressourcen zu schonen. Ebenso wurde die Vermutung vorgebracht, dass die Verbreitung von Smart Metern so langsam vorangehe, weil Smart Meter geeignet seien, die Stromabnahmemenge zu reduzieren und einige Akteure nicht an einer Reduzierung der Stromabnahmeenge interessiert seien.
- Die Verzögerung des **Übertragungsnetzausbaus** wurde sehr kritisch gesehen. Es wurde u.a. darauf verwiesen, dass es seit Jahren erfolglose Bestrebungen gebe, das Übertragungsnetz auszubauen. Doch häufige Änderungen des deutschen Rechtsrahmens hätten den Planungsprozess behindert. Es sei daher sinnvoll, auch **alternative Optionen** (einen „Plan B“) zu entwickeln, falls der Übertragungsnetzausbau nicht oder nur stark verzögert möglich sei. Eine Alternative könne etwa darin bestehen, Deutschland in zwei Preiszonen aufzuteilen, was technisch einfach möglich sei. Gleichzeitig wurde befürchtet, dass Deutschland die einheitliche Preiszone mit allen Mitteln verteidigen wolle. Würden jedoch keine Netze gebaut und die einheitliche Preiszone bliebe bestehen, komme es zu Engpässen beim Stromtransport von Nord- nach Süddeutschland bzw. Österreich. Daher wären zum einen teure Redispatch-Maßnahmen notwendig und zum anderen würden die Stromtrassen in Polen und Tschechien durch sogenannte Ringflüsse belastet.

Im letzten Abschnitt zur Kategorie „Märkte“ werden nun einige Themen genannt, die die Teilnehmenden **im Weißbuch nicht ausreichend behandelt** sahen:

- Die **Dezentralisierung** also das **Zusammenbringen von Verbrauchern und Produzenten** komme im Weißbuch zu kurz. Stattdessen läge der Fokus zu stark auf dem Export von Strom und dem Netzausbau.
- Die Frage ob Netzbetreiber gemäß der eigentumsrechtlichen Entflechtung, wie sie in dem dritten Energie-Binnenmarktpaket vorgeschrieben ist, selbst Speicher betreiben dürfen, wird nicht angegangen (issue of **unbundling**).
- Dass die Neugestaltung des Strommarktdesigns mit dem Grün- und Weißbuchprozess mit einer öffentlichen Konsultation einhergeht, wurde als sehr positiv bewertet. Die **Frist zur Einreichung von Stellungnahmen** zum Weißbuch sei mit dem 24. August jedoch sehr knapp mitten in der Ferienzeit und erschwere es, fundierte Stellungnahmen einzureichen.



---

## Europäische Dimension des Strommarktes

Bezüglich der Kernfragen des Dialogs zur europäischen Dimension des Strommarktes waren sich die Teilnehmenden einig, dass die Strommärkte der europäischen Staaten bereits heute eng miteinander verknüpft sind und nationale Entscheidungen bezüglich des Strommarktdesigns zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Strommärkte der Nachbarländer haben. Gleichzeitig sind die Staaten immer noch mit der Umsetzung des dritten Energie-Binnenmarktpaketes beschäftigt und der Markt befindet sich in einem **Transformationsprozess**.

Mehrheitlich wurde der Wunsch nach einer klaren europäischen **Vision zum Energiebinnenmarkt** deutlich. Ebenso waren sich die Teilnehmenden einig, dass eine europäische Lösung für Fragen der sicheren Stromversorgung effektiver und kostengünstiger zu erreichen sei als nationale Alleingänge. Derzeit behindere jedoch fehlendes Vertrauen das Entstehen eines wirklich funktionierenden Binnenmarktes.

Als eines der größten bestehenden Probleme wurden die **unterschiedlichen Preisniveaus** für Endkunden identifiziert. Zwar sind die Großhandelspreise für Strom in der EU stetig gesunken in den letzten Jahren, die Preise für den Endverbraucher jedoch deutlich gestiegen, was mehrheitlich auf höhere Steuern und Abgaben zurückzuführen ist. Die unterschiedlichen Preisniveaus durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Kosten aus Umlagen und Steuern stellen eine Marktverzerrung zwischen den Ländern dar. Es wurde die These aufgestellt, dass die unterschiedliche Bepreisung Grenzen des freien Marktes aufzeige.

Allerdings bestand kein Konsens darüber, wie dieses Problem der unterschiedlichen Besteuerung, der Subventionen etc. angegangen werden solle. Mehrere Teilnehmer verwiesen darauf, dass die Besteuerung von Strom eine nationale Kompetenz bleiben solle. Auch liegt die Gestaltung der Fördersysteme für erneuerbaren Energien (noch) unter nationalstaatlicher Kompetenz.

Die zweite große Frage in diesem Themenbereich bezog sich auf die **Finanzierung von grenzüberschreitenden Kosten** der „Hardware des Strommarktes“ wie für Grenzkuppelstellen oder offshore-Netze. Unklarheiten bestehen über die Quantifizierung und Allokation dieser Kosten. Durch die seit 2013 geltende Verordnung zu Leitlinien für die europäische Energieinfrastruktur wurden bereits wichtige Schritte für einen effektiven und koordinierten Netzausbau festgesetzt. Diese sollten weiter verfolgt werden.

Ähnlich gelagert ist die Fragestellung bei den **Ringflüssen**, wenn also Strom statt über deutsche Leitungen über die Netze der Nachbarstaaten ungeplant „durchgeleitet“ wird und somit die dortigen Netze belastet. Bereits jetzt werden diese Ringflüsse durch den Ausgleichsmechanismus von ACER

(inter-TSO compensation scheme) erfasst, doch bestehe Reformbedarf, um diese Kosten angemessen zu verteilen.

Ein weiterer Diskussionsstrang beschäftigte sich mit dem Bedarf an **Kapazitäten** bzw. der **Angemessenheit der Erzeugungskapazitäten**. Hier wurde allgemein anerkannt, dass ein regional bzw. europäisch verknüpfter Markt eine weitaus höhere Versorgungssicherheit aufweist, als einzelne nationale Märkte. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass zwei Staaten nie die genau gleichen Nachfrage- und Produktionsspitzen aufweisen. Hierbei geht es nicht nur um die physische Marktkoppelung, sondern auch um deren tatsächliche Nutzung. Die Marktkopplung im CWE-Raum etwa hat die Volatilität im Markt deutlich gesenkt und das, ohne neue Grenzkuppelstellen zu bauen, sondern lediglich durch die Etablierung von einheitlichen Regeln und Verfahren. Dies wurde auch durch die erste Studie des Pentilateralen Energieforums zur gemeinsamen Versorgungssicherheit bestätigt (Generation Adequacy Assessment). Im Trialog wurde darauf verwiesen, dass die europäischen Staaten in der Regel kein allgemeines Kapazitätsproblem, sondern ein Problem mit der Angemessenheit der Erzeugungskapazitäten haben. Auch hätten Studien erwiesen, dass es zumindest für die Niederlande nicht sinnvoll wäre, einen nationalen Kapazitätsmarkt einzuführen, sondern ein solcher lediglich auf europäischer Ebene sinnvoll wäre.

Weiterhin habe sich die europäische Zusammenarbeit bisher als fruchtbar erwiesen. Die **Netzkodizes** etwa schaffen gute Rahmenbedingungen und sollten daher schnellstmöglich fertig gestellt werden. Auch hätten selbst die Akteure, die dem Binnenmarkt anfangs skeptisch gegenüberstanden, mittlerweile erkannt, dass Flexibilität eine große Chance darstellt.

Die Teilnehmenden des Trialogs haben zahlreiche Anregungen eingebracht, wo sie Potentiale für eine **intensivere Verknüpfung der europäischen Strommärkte** sehen:

- Regelleistungsmärkte sollten für neue Anbieter über nationalstaatliche Grenzen hinaus geöffnet werden und die Preissetzung sollten sich an den Grenzkosten orientieren (Maßnahme 6 Weißbuch), um noch effizienter zu arbeiten.
- Die Intraday-Märkte funktionieren bereits gut. Auch grenzüberschreitende Pilotprojekte sind erfolgreich verlaufen und sollten daher ausgeweitet werden.
- Die Vorlaufzeiten auf dem Intraday-Markt sollten verkürzt werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass alle Akteure an dem liberalisierten Markt teilnehmen können, unabhängig davon, wo der Akteur seinen Sitz hat.

Doch damit eine intensivere Zusammenarbeit überhaupt möglich, gewünscht und fruchtbar ist, sind zwei bedeutende Faktoren notwendig, die im Trialog intensiv besprochen wurden: **Vertrauen und Solidarität**.

Denn obwohl allgemein die Vorzüge eines gemeinsamen Marktes überwiegen, bleibt festzustellen, dass die Marktkopplung nicht immer zu einer Win-Win-Situation führt. Trotz Atomausstieg in Deutschland ist der Import von französischem Atomstrom in einem liberalisierten und gekoppelten Markt unausweichlich. Die Niederlande müssen teilweise ihre effizienten Gaskraftwerke abschalten, weil billigerer (subventionierter) Strom aus Deutschland importiert wird. Polen und Tschechien leiden unter Ringflüssen. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Es kann nicht pauschal gesagt werden, welche Staaten insgesamt profitieren und welche auch Nachteile zu tragen haben. Für einige Staaten sind Nachteile jedoch schwierig zu akzeptieren, und der eigenen Bevölkerung entsprechend schwer zu vermitteln. Hinzu kommt der allgemeine Vertrauensverlust in die Europäischen Institutionen. Mehrfach wurden daher im Dialog Solidaritätsinitiativen gefordert, die insbesondere über einen stärkeren europäischen Dialog realisiert werden können. **Denn langfristig wird die Versorgungssicherheit in Europa nur gemeinsam nachhaltig, effizient und wirtschaftlich zu organisieren sein.**

Außerdem ist die Aufgabe von **Souveränität im Bereich Energie** für die Staaten ein sensibles Thema, welches eng mit dem Thema Vertrauen verbunden ist. Gegenseitiges Vertrauen ermöglicht eine tiefere Integration. Eine verstärkte Kooperation, wie sie etwa in der Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn angestrebt wird, zieht auch irgendwann die Koordination der EE-Fördersysteme oder gar der nationalstaatlichen Energiemixe nach sich. Solche Schritte bedürfen einerseits eines gegenseitigen Vertrauens, zum anderen eines Vertrauens in die Verbesserung der nationalen sowie europäischen Versorgungssicherheit durch eine verstärkte europäische Koordination. Durch die derzeitigen Unterschiede in der Strompreisgestaltung und -besteuerung sowie Förderung der Technologien, entstehen Verzerrungen, die nicht gerade zu einer Stärkung des Vertrauens beitragen.

Es wurde daher die Frage aufgeworfen, wie **bereits bestehendes Vertrauen durch und für regionale Kooperation eingesetzt und gefördert** werden kann. Eine Möglichkeit, Vertrauen zu schaffen, sei etwa, aktiv zu werden und nationale Subventionen abzuschaffen, die in Nachbarländern zu ungewünschten Nebeneffekten führen. Auch die Grünbuch- und Weißbuchkonsultationen und die Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn stellen Prozesse der Vertrauensbildung dar. Beispielsweise hätten die polnischen Vertreter umfassende Informationen zu dem Vorhaben angefragt, woraufhin eine deutsche Delegation nach Polen gereist sei und das Verfahren erklärt habe.

Wichtig bleibt jedoch festzustellen, dass der von Deutschland und vom Pentalateralen Energieforum gewählte Weg nicht Blaupause für alle anderen europäische Staaten sein muss, sondern es sollte jeweils auf die **individuellen nationalen und regionalen Situationen** und Positionen eingegangen werden, um die Ziele einer gemeinsamen nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und sicheren Energieversorgung zu erreichen.

Deutlich wurde dies am Beispiel **Polens**. So ist der derzeitige polnische Strommarkt von alten Kohlekraftwerken dominiert, wobei 80% des Energiesektors in staatlicher Hand sind. Die Gefahr eines Stromdefizits bis 2020 ist sehr gering. Dennoch steht der polnische Stromsektor unter hohem Reformdruck. Die aktuelle polnische Regierung strebt eine Reduzierung des Kohleanteils von derzeit über 90% auf knapp über 50% bis 2030 an. Die EU-Richtlinien über Industrieemissionen sowie zur Energieeffizienz müssen umgesetzt werden, was die Schließung einiger Kraftwerke zur Folge haben wird. Gleichzeitig führt auch in Polen der wachsende Anteil an Erneuerbaren an der Stromerzeugung zu einer Verschiebung der Merit-Order beim Kraftwerkseinsatz. Es wurde klargestellt, dass die polnische Privatwirtschaft durchaus offen für weitere Regulierung im Energiebereich sei und etwa ein tragfähiges Erneuerbare-Energien-Gesetz wünscht.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass für viele Akteure der Energiepolitik in Polen die Energieunion vor allem als ein Format wahrgenommen wird, dass die Versorgungssicherheit im Gassektor stärken soll. In der Praxis dürfte dies jedoch in Konflikt mit dem starken polnischen Autarkiebedürfnis im Energiebereich geraten.

### Top-Down vs. Bottom-Up und Regionalisierung vs. Europäisierung

Dieser Themenkomplex des Trialogs diskutierte die Frage, welche Visionen hinter einer stärkeren Binnenmarktintegration stehen und wie diese zu erreichen sind. So kam die Frage auf, wie eine Balance zwischen top-down und bottom-up Strategien im Integrationsprozess gefunden werden kann.

Zu Beginn dieser thematischen Diskussion wurde bemerkt, dass es an einer **Vision** fehlt, wohin der Integrationsprozess führen sollte. Konkret fehlt es an einer Vision:

- ... über die Politikfelder, über die nicht europäisch entschieden werden soll;
- ... über die Verbindung von Sozial- und Industriepolitik;
- ... über die Zukunft von Kohle- und Atomstrom;
- ... über die Rolle von Gas (Gas – Versorgungssicherheit – Russland);
- ... über die Frage, wie viel Europa wir wollen

Beispielhaft wurden hierzu der Weißbuch-Prozess, die Entstehung der Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn und das Pentalaterale Energieforum kurz angerissen. So sei der Weißbuch-Prozess von Anfang an darauf ausgerichtet gewesen, eine starke europäische Perspektive aufzuweisen und anschlussfähig für Kooperation zu sein. Ein Vertreter der Wissenschaft bestätigte daher auch, dass sich das Weißbuch gut in die zwei „Ströme“ der Politikgestaltung von nationaler und europäischer Ebene einfüge. Auch bei der EEG-Reform beschreite Deutschland diesen Weg. So wurde im EEG von

2014 5% der ausgeschriebenen Leistung europaweit geöffnet, wenn auch der Nachweis des „physikalischen Imports“ derzeit noch mit zu hohen Transaktionskosten verbunden sei.

Die Hauptaussage der *Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn* ist das Bekenntnis der Unterzeichnerstaaten zu einer verstärkten Kooperation mit der Option, diese schrittweise thematisch und territorial auszuweiten. Dies sei durch die Konzentration auf „no-regrets“ möglich gewesen. Die in der Erklärung niedergeschriebene Zusage, dass auf Einschränkungen des grenzüberschreitenden Handels verzichtet wird, sei auch zuvor schon rechtlich festgeschrieben gewesen, doch nun sei für alle Beteiligten klar, dass man sich auch darauf verlassen könne. Unklar sei derzeit noch, welcher Zeitrahmen zur Umsetzung der *Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn* anvisiert wird und wie das Berichtswesen strukturiert sein wird. Letzteres könnte sich an den Berichten des Pentalateralen Energieforums orientieren.

### **Die Rolle Deutschlands in der europäischen Vernetzung des Stromsektors**

Die Rolle Deutschlands im Entscheidungsprozess auf Europäischer Ebene habe sich gewandelt, so mehrere Teilnehmende. Während Deutschland lange Zeit eher ein „Bremser“ gewesen sei, sei es nun ein „Macher“. Diese neue Rolle wurde mehrheitlich begrüßt. Ein Teilnehmer aus dem Politiksektor bezeichnete Deutschland als ein „**Laboratorium**“ für den Erfolg von Erneuerbaren Energien, wobei sich das Laboratorium zu einem regionalen „Cluster“ entwickelt habe. Ein Beispiel für dieses „Laboratorium“ sei die einheitliche Preiszone zwischen Deutschland und Österreich. Diese könne als ein „gutes Beispiel“ für die Gestaltung regionaler oder europäischer Energiemärkte gelten und es bestehe eine starke politische Motivation, diese zu erhalten. Hierzu wurde nochmals angemerkt, dass Deutschland keine Vorlage für andere Staaten sei solle, sondern es individueller Lösungen für die Mitgliedsstaaten bedürfe. Weiterhin wurde angemerkt, dass Deutschland nicht zu viel von anderen europäischen Staaten verlange dürfe, denn was gut für Deutschland sei, sei nicht zwangsläufig angemessen für andere europäische Staaten.

Bezüglich des **Verhältnisses** zwischen **Deutschland** und der **EU** kann festgehalten werden, dass Fragen der staatlichen Beihilfen gelegentlich aufkommen. So wurde etwa das EEG 2012 einer Prüfung nach dem Beihilferecht durch die Europäische Kommission unterzogen. Derzeit führt die EU-Kommission eine sektorspezifische Untersuchung (sector inquiry) in der EU durch, um zu untersuchen, ob Kapazitätsmärkte gegen das EU-Beihilferecht verstoßen. Auch wenn sich Deutschland gegen die Etablierung eines Kapazitätsmarktes entschieden hat, könnte die einseitige Bereitstellung der Kapazitätsreserve durch Kohlestrom ein Problem darstellen. In diesem Zusammenhang wurde unterstrichen, dass je weniger die Europäische Kommission ihre Ziele über legislative Wege im Energie- und Umweltbereich erreichen kann, umso mehr greife sie auf das **Wettbewerbsrecht** zurück.

Insbesondere ein europäischer Wirtschaftsvertreter sah das deutsche Verhalten im europäischen Stromsektor sehr skeptisch und bezeichnete **Deutschland** als **wenig kooperativ**, von der Außenperspektive nehme er einen „imperialistischen Anstrich“ des Weißbuches wahr. So habe Deutschland grenzüberschreitende Transportkapazitäten von 20 GW und nutze die europäischen Nachbarstaaten als „Abladestelle“ für überschüssigen Strom aus Erneuerbaren. In dieser Deutlichkeit wurde diese These nicht allgemein geteilt, doch auch einige weitere Teilnehmende äußerten sich kritisch zu dem Verhalten Deutschlands. Mehrfach wurde beispielsweise gefordert, dass Deutschland anstatt zu viel von seinen Nachbarstaaten zu fordern und sich auf europäische Lösungen zu verlassen, erst das Netz ausbauen und das Flexibilitätspotential in Deutschland ausschöpfen solle. Auch seien die Strategien und Ziele zur Europäisierung des deutschen Strommarktes auf nationaler Ebene festgelegt, jedoch nicht auf regionaler und lokaler Ebene koordiniert worden.

Bezüglich des Motivs hinter dem Verzicht auf **Preisobergrenzen** (price caps) im Rahmen der *Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn* wurde angemerkt, dass dieser strategisch zu bewerten sein. Deutschland habe Fakten geschaffen und die anderen europäischen Staaten müssten nun nachziehen. Ein Vertreter der Politik reagierte darauf mit dem Hinweis, dass Deutschland keineswegs Fakten zum eigenen Vorteil geschaffen habe. Es gehe darum, Preissignale zu verstärken, was auf einem gekoppelten Markt natürlich nur funktioniert, wenn Preise so wenig wie möglich manipuliert seien. Mit der Entscheidung, auf Preisobergrenzen zu verzichten, könne man auf Preissignale und Preisspitzen vertrauen, die Investitionen anregen.

Diese Kritikpunkte wurden nicht im gesamten Plenum geteilt. Nichtsdestotrotz sind sie ein Indiz für die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen und informativer Kommunikation über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.

### **Regionalisierung**

Eine intensive Debatte drehte sich um die Frage, ob **Regionalisierung der Motor für weitere Integration** sei **oder eher den Beginn einer Fragmentierung** darstelle. In diesem Zusammenhang wurde das vorgeschlagene „no-regret“-Verfahren kritisiert: Es bestehe so die Gefahr, dass ein „Kerneuropa“ entstehe und andere Staaten außen vor blieben bzw. dass sie ohne Einfluss auf die Entscheidungen nur noch die bereits beschlossenen Kompromisse akzeptieren sollen (take-it-or-leave-it approach).

Folgende Argumente wurden für eine **stärkere Regionalisierung** angeführt:

- Um das volle Flexibilitätspotential der Netze auszuschöpfen, sei eine regionale Verknüpfung notwendig.

- Eine Regulierung der Regelleistungsmärkte auf europäischer Ebene werde sich nur schwer realisieren lassen, man müsse regionale Lösungen zulassen. Es sei dennoch möglich, einen gemeinsamen Governance-Rahmen zu entwickeln, was jedoch ein langwieriger Prozess sei, da z.B. die Regulierungsbehörden in den jeweiligen Ländern unterschiedliche Kompetenzen haben.
- Das Pentalaterale Energieforum wurde als ein gutes Format bezeichnet, das die grenzüberschreitende Teilnahme an Kapazitätsmärkten ermöglichen könne.
- Eine wichtige Frage war: Kann der nordische Energiemarkt ein Beispiel für die Energieunion sein?
- Es wurde bemerkt, dass einige regionale Initiativen eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission anstreben, etwa die Central Eastern and South-Eastern European Gas Connectivity (CESEC), andere Initiativen dagegen streben keine enge Kooperation mit der Kommission an, etwa die Baake-Initiative oder die North Sea Countries Offshore Grid Initiative (NSCOGI)

Für eine **Lösung auf europäischer Ebene** wurden folgende Argumente und Gedanken angeführt:

- Wenn wir an dem Konzept von nationalstaatlichen Einheiten festhalten, wird es immer eine Tendenz zur Fragmentierung geben aufgrund der unterschiedlichen Bereitwilligkeit zur tieferen Integration.
- Unterschiedliche nationale Lösungsansätze können zu Pfadabhängigkeiten führen, die dann eine europäische Lösung erschweren.
- Um einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt mit der entsprechenden Infrastruktur zu entwickeln, sei es notwendig, auch eine einheitliche europäische Industriepolitik zu entwickeln.
- Europaweite Konsultationsprozesse stellen eine gute Möglichkeit dar, Europa zusammenzuführen. Dabei sollte sich aber auch die Zivilgesellschaft – so eine Forderung -aktiv in die Konsultation einbringen können.
- Je mehr wir auf regionale Lösungen setzen, desto mehr Konflikte werden wir haben.
- Wenn wir ein grenzüberschreitendes Energiesystem haben, sollten wir dann auch eine echte grenzüberschreitende Regulierungsbehörde (ACER), einen europäischen Übertragungsnetzbetreiber (TSO) oder sogar einen unabhängigen Netzbetreiber (ISO) haben?

Bezüglich **Lösungen auf nationaler Ebene** wurde mehrfach betont, dass es der Förderung für Erneuerbare bedürfe, aber **keine europäische Harmonisierung der Fördermechanismen**. Weiterhin wurde angeführt:

- Jeder Staat solle selbst die Möglichkeit haben, sein eigenes System zu transformieren.
- Diversität kann ein gutes „Testfeld“ sein. Die „Lessons learned“ können dann als gute Beispiele auf andere Mitgliedsstaaten übertragen werden.
- Man könne den Nationalstaaten nicht die Kompetenz über den Energie-Mix nehmen.
- Die Umsetzung der 20-20-20 Ziele müsse zuerst auf nationaler Ebene zu Ende dekliniert und implementiert werden, erst dann könne eine Europäisierung in Erwägung gezogen und geplant werden.

Die Meinungen zwischen den Teilnehmenden zur Frage des Ansatzes einer stärkeren europäischen Energiebinnenmarktintegration gingen weiter auseinander als in anderen Themenfeldern. Es war nicht Aufgabe des Trialogs, dazu eine abschließende Lösung zu finden. Es scheint allerdings sinnvoll auf europäischer Ebene klarere Visionen nicht nur von den Zielen, sondern auch von den Implementierungswegen zu entwickeln. Dazu zählen auch Ansätze, die mögliche Regionalisierungstendenzen anerkennen und in einen Rahmen bringen, der eventuell auch schrittweise auf eine europäische Ebene angehoben werden kann. Darüber hinaus sollten auch offenere Diskussionen zu Fragen der Atom- und Kohleenergie stattfinden. Wie soll mit diesen Themen in der fernen Zukunft umgegangen werden, insbesondere wenn einzelne EU-Staaten beschließen, aus der Stromproduktion mit einem der beiden Energieträger auszusteigen?

## Offene Fragen und Empfehlungen

Vor dem Hintergrund des Themenclusters können folgende **Empfehlungen** aus dem Trialog abgeleitet werden:

- Es besteht zwar kein Konsens, jedoch eine breite Mehrheit dafür, dass der Netzausbau oberste Priorität haben sollte. Hier stellen sich allerdings Fragen der Priorisierung und der Kostenallokation, insbesondere bei gesellschaftlich kritischen Netzausbauten und den kostenintensiveren Erdkabeln.
- Die EU sollte als gutes Beispiel zeigen, dass es möglich ist, die Emissionen zu reduzieren und trotzdem wirtschaftlich erfolgreich zu sein.
- Die *Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn* könnte noch mit konkreten Maßnahmen und Zeitrahmen unterfüttert werden, etwa wie dies bezüglich der Entwicklung regionaler Regelleistungsmärkte im Pentilateralen Energieforum vorgesehen ist.
- Es bedarf weiterer Analysen, wie Kapazitätsmärkte und Kapazitätsmechanismen mit den Energiemärkten der Nachbarländer interagieren.



- Es sollte ein Rahmen aufgesetzt werden, der die Teilnahme an Kapazitätsmechanismen benachbarter Länder ermöglicht. Außerdem sollten Ausschreibungen für erneuerbare Energien grenzüberschreitend geöffnet werden.
- Deutschland sollte wichtige Netze ausbauen.
- Der Kooperationsprozess sollte offen sein für Tests und fähig, sich an neue Konzepte anzupassen, da nicht absehbar ist, wie sich der Strommarkt entwickeln wird und welche Lösungen noch entstehen werden.

Es bleiben einige offene **Fragen** nach dem Dialog sowie ganz konkrete Fragen an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

- Wie viel Europa wollen wir? Welche Themen soll die EU nicht angehen?
- Sollten Fördersysteme für erneuerbare Energien harmonisiert werden?
- Welche Auswirkungen hat ein reformiertes ETS auf den Strommarkt?
- Wie werden die Kosten zwischen den Mitgliedstaaten der EU für Grenzkuppelstellen, Übertragungsnetze und Innovation aufgeteilt?
- Die EU ist in einer schwierigen Verfassung mit Harmonisierungsdruck einerseits und fragmentierten Akteuren andererseits. Hier können regionale Ansätze helfen, sie sind aber nicht hinreichend. Nichtsdestotrotz könnte ihr Gelingen zu einem Dynamisierungsprozess für einen tatsächlichen Energiebinnenmarkt beitragen. Wie können also regionale Ansätze in einen passenden Rahmen gebracht werden, der sowohl progressive Mitgliedstaaten unterstützt als auch skeptische Mitgliedstaaten mit ins Boot holt?
- Wie ist die Beziehung zwischen der EU Klimapolitik und nationaler Klimapolitik? Brauchen wir in einem europäischen Energiebinnenmarkt noch ein nationales Klimaziel?
- Unklar ist derzeit das Ergebnis der sektorspezifischen Untersuchung der EU Kommission bezüglich möglicher Marktverzerrung durch Kapazitätsmechanismen.
- Ist die Reduzierung von preisverzerrenden Steuern ein Thema auf der Agenda der „elektrischen Nachbarn“?
- Welche weiteren Initiativen zu verstärkter Kooperation sind von der deutschen Regierung zu erwarten?
- Wird Österreich in der einheitlichen Preiszone verbleiben?
- Wie spiegelt sich die europäische Energiepolitik auch in der europäischen Industrie-, und Sozialpolitik?

## Zusammenfassung in Bezug auf konkrete Fragestellungen des Dialogs

Die folgenden Fragestellungen waren in enger Absprache mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als Leitfragen für den Dialog ausgegeben und wurden den Teilnehmenden auch bereits vorab mit der Bitte um Anmerkungen zur Verfügung gestellt. Gemäß dem Dialoge-Konzept, welches eine offene Deliberation unterstützt und eine aktive Rolle der Teilnehmenden auch in der tatsächlichen Ausgestaltung des Dialog-Tages vorsieht, war es jedoch nicht Anspruch alle vier Fragen umfassend zu beantworten. Im Folgenden werden die Ergebnisse in Bezug auf die konkreten Fragestellungen ausgeführt.

- *Welchen Einfluss haben die im Weißbuch vorgestellten Maßnahmen und Instrumente auf den Europäischen Binnenmarkt? Haben andere Länder ähnliche Maßnahmen ergriffen? Welche Ergebnisse und Erfahrungen gibt es bereits? Wie beeinflussen sich die nationalen Maßnahmen gegenseitig?*

Die europäischen Energiemärkte sind schon zu einem gewissen Grad miteinander verbunden. Dies trifft insbesondere auf die Strommärkte zu, die über Marktkopplung miteinander kooperieren. Somit haben Maßnahmen auf nationalen Märkten auch einen Einfluss auf die Energiemärkte der Nachbarstaaten. Dies wurde immer wieder von den Teilnehmenden bekräftigt und durch zahlreiche Beispiele belegt. Die viel zitierten Ringflüsse etwa sind auf fehlende Übertragungsleitungen in Deutschland zurückzuführen und der Neubau oder die Abschaltung von Kraftwerken hat einen Einfluss auf die Auslastung von Kraftwerken auf der anderen Seite der Grenze. Besonders Maßnahmen, die die Großhandelspreise beeinflussen können, etwa Preiskappungen oder Einspeisevergütungen für Erneuerbare haben einen großen Einfluss auf das Marktgeschehen in den Nachbarländern und sollten koordiniert werden. Die Auswirkungen von Kapazitätsmärkten und -mechanismen werden derzeit durch die Europäische Kommission in einer sektorspezifischen Untersuchung analysiert. Erste Ergebnisse sind für Ende des Jahres angekündigt.

- *Wie kann das Monitoring der Versorgungssicherheit mit stärker europäisch flankierten Daten verbessert werden?*

Der Bericht des Pentilateralen Forums zur gemeinsamen Versorgungssicherheit sowie die vom BMWi in Auftrag gegebene Studie von consentec und r2b energy consulting haben deutlich gemacht, dass die herkömmlichen Monitorings der Übertragungsnetzbetreiber zur Versorgungssicherheit nicht mehr zeitgemäß sind und nicht mehr den tatsächlichen Grad der Versorgungssicherheit widerspiegeln. Ein modernes, aussagekräftiges Monitoring muss die europäische Vernetzung angemessen berücksichtigen. Maßnahme 18 des Weißbuches greift dies auch so auf, macht aber keine konkreten Angaben dazu, wie die grenzüberschreitenden Kapazitäten einbezogen werden

---

sollen. Der o.g. Bericht und die Studie haben hier schon gute Vorarbeit geliefert, die nun ausgebaut werden kann. So merkt etwa der Bericht des Pentalateralen Energieforums an, dass die Datenbank der europäischen Stromerzeugungsanlagen (European power plant database) noch ausgebaut werden könnte, um detaillierte Informationen in das Monitoring einfließen zu lassen.

- *Welche Möglichkeiten und Herausforderungen sind von der Flexibilisierung des Europäischen Strommarktes zu erwarten?*

Eine Flexibilisierung des europäischen Strommarktes durch verbesserte Koordination und Kooperation birgt zweifelsohne langfristig eine Reihe von Vorteilen. Grenzüberschreitende Kapazitäten sind die günstigste Flexibilitätsoption und mit Sicherheit günstiger als nationale Alleingänge. Die unterschiedlichen Spitzenlast- und –produktionszeiten sind niemals identisch in allen Ländern. Fehlende Koordinierung wird hingegen weiterhin unerwünschte Ringflüsse nach sich ziehen, Potentiale für den Ausbau und die Nutzung (bereits) vorhandener erneuerbarer Energieanlagen ungenutzt lassen und das Investitionsklima beeinträchtigen.

Nichtdestrotz ist eine Flexibilisierung nicht ohne jeglichen Aufwand zu erreichen. Einige Stellschrauben der Strommärkte müssen auch flexibler gestaltet werden und Preise sollten Marktsignale besser widerspiegeln. Dazu gehören sowohl die Anpassung der „Hardware“ – also der Ausbau der Netze und des Kraftwerkparks, als auch die Anpassung der „Software“ – also der Regeln und Informationsmechanismen. Es sollte dabei aber auch darauf geachtet werden, dass die Optionen der lokalen Energieversorgung im Sinne der Dezentralisierung ebenso effektiv genutzt werden wie die Flexibilisierungsoptionen.

- *Welche Auswirkungen können kleine Eingriffe, die auf die Harmonisierung der Märkte zielen, auf die allgemeine Bereitschaft zur weiteren Integration des Energiemarktes und der Energieunion nach sich ziehen?*

Im Laufe der Diskussion wurden immer wieder kleinere Beispiele genannt, in denen die grenzüberschreitende Kooperation bereits gut funktioniert und ausgebaut werden sollte. Durch solche Aussagen zeigt sich, dass durch die erfolgreiche Zusammenarbeit Vertrauen geschaffen werden kann, sodass auch größere Kooperationsvorhaben befürwortet würden. Als Beispiele wurden hier etwa europäische Pilotprojekte auf dem Intraday-Markt oder auch die CWE Marktkopplung genannt. Diese durch Regierungen und TSO's vorangetriebene Marktkopplung ist ein rein regulatorischer Eingriff, ohne etwa neue Netze zu bauen. Dennoch hat die Marktkopplung der nationalen Strommärkte sowohl zu einer Reduzierung der Preisvolatilität, als auch zu einer Angleichung der Preisniveaus in den gekoppelten Märkten geführt. Die positiven Effekte einer europäischen Zusammenarbeit sind somit für die Marktakteure erkennbar. Außerdem wurden die

grenzüberschreitenden Kapazitäten deutlich mehr genutzt, was dazu beitragen kann, das gegenseitige Vertrauen weiter zu erhöhen. Zudem lassen sich durch kleinere Integrationschritte auch Hindernisse der grenzüberschreitenden Kooperation – etwa auf kultureller oder politischer Ebene - ermitteln, bevor das ganze große System überarbeitet wird. Sie können somit auch, allein durch funktionierende Kooperation in kleinerem Rahmen, das gegenseitige Vertrauen stärken.

- *Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen könnten die Aktivitäten europäischer Nachbarstaaten bezüglich des Strommarktdesigns besser koordiniert werden?*

Hier kann zunächst festgestellt werden, dass die Mehrheit der Teilnehmenden aufgeschlossen war gegenüber einer stärkeren Koordinierung der Strommärkte und bereit war, konstruktiv zu der Ausgestaltung der Strommarktdesigns beizutragen. Eine Teilnehmerin aus der Wirtschaft fasste dies mit den Worten zusammen: „We cannot stop this process“.

Es bestand allerdings kein Konsens darüber, wie eine verbesserte Koordinierung zu erzielen sei. Wie im Abschnitt Top-Down/Bottom-Up erläutert, wurden einerseits Argumente für eine freiwillige Kooperation einzelner Mitgliedsstaaten (wie etwa die Erklärung der 12 elektrischen Nachbarn in Maßnahme 5 des Weißbuchs) angeführt. Regionale Lösungen sind einfacher und schneller zu erreichen, als eine Lösung auf gesamteuropäischer Ebene. Eine Top-Down Lösung hingegen hat den Vorteil, dass der Fragmentierungsdruck gemindert wird und keine regionalisierten Pfadabhängigkeiten entstehen, die nur schwierig wieder zu vereinen sind. Weiterhin gab es die Auffassungen, dass viele Länder vorerst ihre „nationalen Hausaufgaben“ zur Optimierung des Strommarktes zu machen hätten, bevor über eine weitere Europäisierung debattiert werden sollte. Eine einvernehmliche Forderung während der Diskussion war allerdings die Notwendigkeit von Vertrauen und Kommunikation auf allen europäischen Ebenen, statt einer ausschließlich technischen Harmonisierung der Strommärkte. Hier geht es vor allem um eine intensivere Kommunikation zwischen den Nachbarn.

Schließlich erscheint es sinnvoll, einen Rahmen zu entwickeln, der sowohl intensivere Kooperation zulässt ohne jedoch die Fragmentierung zu stark werden zu lassen. Dazu könnte ein erster Schritt sein, die bereits vorhandene Kooperation zu systematisieren und anschaulich zu machen. Ein nächster Schritt könnte sein, die vorhandene Kooperation mit verschiedenen Optionen fortzuschreiben.

## Zusammenfassung Trialog-Diskussion

Wie bereits erläutert, konzentrierte sich die Trialog-Diskussion auf vier große Kategorien: (1) Märkte, (2) Europäische Dimension der Strommärkte, (3) Top-Down vs. Bottom-up – Regionalisierung vs. Europäisierung und (4) Empfehlungen und offene Fragen.

In der Zusammenfassung werden nun die wichtigsten Aspekte nochmals kurz dargestellt:

---

**(1) Märkte:** Die Teilnehmenden unterstützten im Allgemeinen die Vorschläge zur Ausgestaltung des Marktdesigns. Insbesondere der Verzicht auf einen Kapazitätsmarkt wurde begrüßt. Diese Punkte wurden in der Analyse des Trialogs bereits ausgeführt. Zusammenfassend konzentrieren wir uns hier auf die Punkte, die noch spezifiziert werden sollten:

- Die Dezentralisierung, also das Zusammenbringen von Verbrauchern und Produzenten kommt im Weißbuch zu kurz, stattdessen wird auf den Export von überschüssigem Strom fokussiert.
- Strom-, Gas- und Wärmemarkt sollten innovativ gekoppelt werden.
- Die Frist zur Einreichung von Stellungnahmen zum Weißbuch ist mit dem 24. August 2015 sehr knapp.
- Es sollte geprüft werden, ob weitere Subventionen und Entgelte abgebaut werden können, nicht zu letzt auch um die Preissignale zu stärken.
- Der Netzausbau sollte intensiv vorangetrieben werden und ggfs. alternative Optionen erarbeitet werden.

**(2) Europäische Dimension der Strommärkte:** Die europäischen Strommärkte sind bereits stark verknüpft. Wie die Teilnehmenden aber mehrfach betont haben, bedarf es gegenseitiges Vertrauen und Solidarität für eine erfolgreiche weitere Integration der Strommärkte. Folgende konkrete Maßnahmen für eine intensivere Verknüpfung der Strommärkte wurden eingebracht:

- Allgemein müssen die Regeln für den Stromhandel stärker noch harmonisiert werden.
- Die Intraday-Märkte funktionieren bereits gut. Auch grenzüberschreitende Pilotprojekte sind erfolgreich verlaufen und sollten daher ausgeweitet werden.
- Die Vorlaufzeiten auf dem Intraday-Markt sollten verkürzt werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass alle Akteure an dem liberalisierten Markt teilnehmen können, unabhängig davon, wo der Akteur seinen Sitz hat.
- Regelleistungsmärkte sollten für neue Anbieter über nationalstaatliche Grenzen hinaus geöffnet werden.
- Bei der Förderung erneuerbarer Energien könnte auch stärker europäisch zusammen gearbeitet werden, insbesondere auch in grenznahen Gebieten vor der Prämisse der Dezentralisierung.

**(3) Top-down vs. Bottom-up – Regionalisierung vs. Europäisierung:** Derzeit existiert keine klare europäische Vision, wie die Integration des Strommarktes in einzelnen Schritten aussehen soll. Unabhängig davon, ob dieser Weg eher von nationalen und regionalen Initiativen angeregt wird oder eher top-down aus Brüssel, erscheint es sinnvoll, auf europäischer Ebene eine klarere Vision sowie Implementierungswege zu entwickeln. Dadurch kann auch sichergestellt werden, dass

---

regionale Initiativen insoweit anschlussfähig sind, als dass sie auch gegebenenfalls auf eine europäische Ebene angehoben werden können. Zudem ist es wichtig zwischen den Ebenen offene Diskussionen zu führen, etwa über die Zukunft von Kohle- und Atomstrom. Weiterhin wurden folgende Argumente und Gedanken angeführt, die bisher noch zu wenig Beachtung fanden:

- Um einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt mit der entsprechenden Infrastruktur zu entwickeln, sei es notwendig, auch eine einheitliche europäische Industriepolitik zu entwickeln.
- Europaweite Konsultationsprozesse stellen eine gute Möglichkeit dar, Europa zusammenzuführen. Dabei sollte sich aber auch die Zivilgesellschaft – so eine Forderung -aktiv in die Konsultation einbringen können.
- Wenn wir ein grenzüberschreitendes Energiesystem haben, sollten wir dann auch eine echte grenzüberschreitende Regulierungsbehörde (ACER), einen europäischen Übertragungsnetzbetreiber (TSO) oder sogar einen unabhängigen Netzbetreiber (ISO) haben?

**(4) Offene Fragen und Empfehlungen:** In der Trialog-Analyse wurden die Empfehlungen aus dem Trialog bereits aufgeführt. Dazu zählen neben dem Ausbau der Netze unter anderem auch, die Vorreiterrolle Europas bei der Emissionsreduzierung zu bewahren sowie das Schaffen von konkreten Regelungen, wie Nachbarländern bei Ausschreibungen von EE-Anlagen oder Kapazitätsmärkten teilnehmen können.

Diese Empfehlungen stehen unter dem Vorbehalt zahlreicher offener Fragen. Diese reichen von sehr grundsätzlichen Fragen, etwa wie viel Europa wir wollen und welche Themen von der EU nicht angetastet werden sollen bis hin zu technischen Fragen, etwa welche Auswirkungen ein reformiertes ETS hat. Neben weiteren ungeklärten Punkten erscheint das Ergebnis der sektorspezifischen Untersuchung der EU-Kommission zu Kapazitätsmärkten höchst relevant.

## Stakeholderauswertung

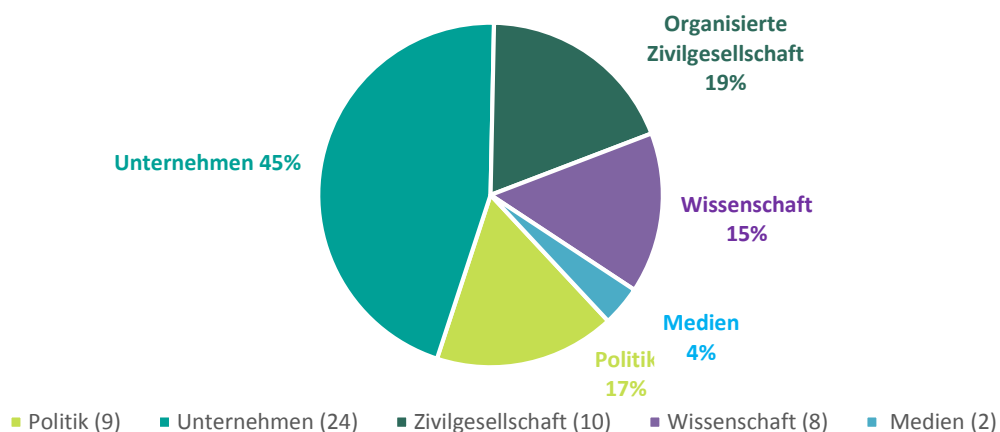
Basis für die Einladungen war eine detaillierte Kontaktdatenbank der HUMBOLDT-VIADRINA von über 1000 Personen aus dem Themenfeld Energie, sowie die zusätzliche Akquise europäischer Stakeholder. Davon wurden 817 gemäß ihrer Schwerpunktsetzung eingeladen. Es wurden etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet und eine etwa gleichmäßige Verteilung in Bezug auf die drei Stakeholdergruppen Politik, Unternehmenssektor und organisierte Zivilgesellschaft angestrebt, sowie eine angemessene Vertretung von Teilnehmenden aus den Bereichen Medien und Wissenschaft.

### Zusammensetzung der Teilnehmenden gemäß Stakeholder-Gruppen

Die Teilnehmenden der Veranstaltung verteilten sich entsprechend der Kernidee des Dialog-Konzepts auf die Bereiche Politik, Wirtschaft, Organisierte Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft, wie in der folgenden Grafik dargestellt:

#### Zusammensetzung der Teilnehmenden gemäß Stakeholderzugehörigkeit

Werte in absoluten Zahlen siehe unten.



Der Anteil der Teilnehmenden aus dem **Unternehmenssektor** war für einen Dialog vergleichsweise hoch. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sowohl Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, als auch von Verbänden und europäischen Übertragungsnetzbetreibern sowie Beratungsunternehmen zu diesem Sektor gezählt werden. Die Teilnehmergruppen Politik, Organisierte Zivilgesellschaft und auch die Wissenschaft waren mit je 15 – 19% etwa gleich stark vertreten.

Erfreulich ist, dass aus dem Bereich **Politik** sowohl Teilnehmende aus den Ministerien und dem

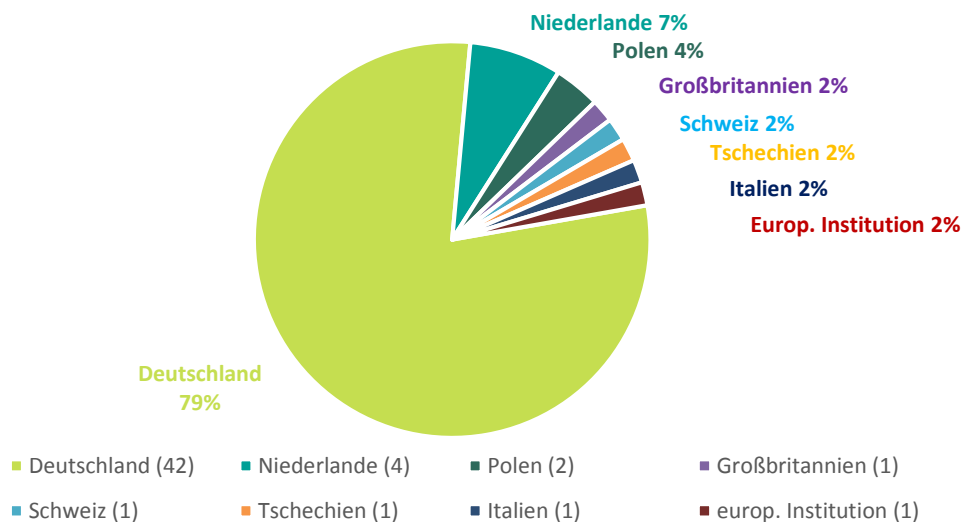
Deutschen Bundestag als auch von zahlreichen europäischen Botschaften gewonnen werden konnten. Die **organisierte Zivilgesellschaft** war durch Umweltschutzorganisationen sowie Gewerkschaften vertreten. **Wissenschaftliche** Expertise wurde aus Deutschland, etwa von dem „Institute for Advanced Sustainability Studies“ und der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, als auch aus den Niederlanden von dem „Clingendael International Energy Programme“ beigesteuert. Die Begleitung des Trialoges durch die **Medien** wurde durch ein Fachmagazin für neue Energie sowie einen Blogger gewährleistet.

### Zusammensetzung der Teilnehmenden nach Herkunftsland

Insgesamt 11 der 53 Teilnehmenden des Trialogs, und somit über 20%, kamen aus europäischen Nachbarländern: aus den Niederlanden (4); Polen (2); Tschechien (1); der Schweiz (1); Großbritannien (1) und aus einer europäischen Institution (1). Die übrigen Teilnehmenden kamen aus Deutschland (42).

#### Zusammensetzung der Teilnehmenden nach Herkunftsland

*Werte in absoluten Zahlen siehe unten.*





Die folgende Übersicht verdeutlicht die breite Zusammensetzung der Teilnehmenden:
8KU Renewables GmbH
Allianz Deutschland AG - Repräsentanz Berlin
Bayer AG
Berenschot
blog.stromhaltig.de
Botschaft der Tschechischen Republik in Deutschland
Britische Botschaft Berlin
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)
Bundesverband WindEnergie e.V. / Mitgliedermagazin neue Energie
Büro F
Büro Mdb Nina Scheer (SPD)
Clingendael International Energy Programme (CIEP)
Confederation Lewiatan
Danfoss GmbH
Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech)
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Die Umwelt-Akademie, München
DOW Deutschland Inc.
Dänische Botschaft Berlin
E.ON
E3G - Third Generation Environmentalism
Ecofys
Eidgenössische Elektrizitätskommission (EiCom)

ENERCON GmbH
Energy Centre of the Netherlands (ECN)
European Energy Exchange (EEX)
European Institute for Participatory Media
European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E)
European Renewable Energies Federation (EREF)
Gesamtverband Steinkohle e.V. (GVSt)
Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH
IFOK GmbH
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS Potsdam)
Mitsubishi Hitachi Power Europe GmbH
Polskie Towarzystwo Przesyłu i Rozdziału Energii Elektrycznej - PTPiREE (Polish Association of Transmission and Distribution of Electricity)
Renewables Grid Initiative
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
Storengy
Technische Universität Berlin (TU Berlin)
Vattenfall GmbH
Verband deutscher Strom- und Gashändler e.V. (EFET)
Wachstums-Förderungs-Strategie (WFS)

## *Abkürzungsverzeichnis*

ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
CESEC	Central Eastern and South-Eastern European Gas Connectivity
CWE	Central Western European Region
EE	Erneuerbare Energien
ETS	Emission Trading System
EU	Europäische Union
GW	Gigawatt
HUMBOLDT- VIADRINA	HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform
ISO	Unabhängiger Netzbetreiber (Independent System Operator)
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
NSCOGI	North Sea Countries Offshore Grid Initiative
TSO	Übertragungsnetzbetreiber (Transmission System Operator)



HUMBOLDT-VIADRINA  
Governance Platform

## Kontakt

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH  
Pariser Platz 6 (Allianz Forum)  
10117 Berlin

Telefon: +49 30 20620 140

Email: [energie.trialoge@governance-platform.org](mailto:energie.trialoge@governance-platform.org)

Website: <http://www.governance-platform.org>

August 2015